Informationen und Meinungen

Ein Informationsservice des DEBRIV Bundesverband Braunkohle

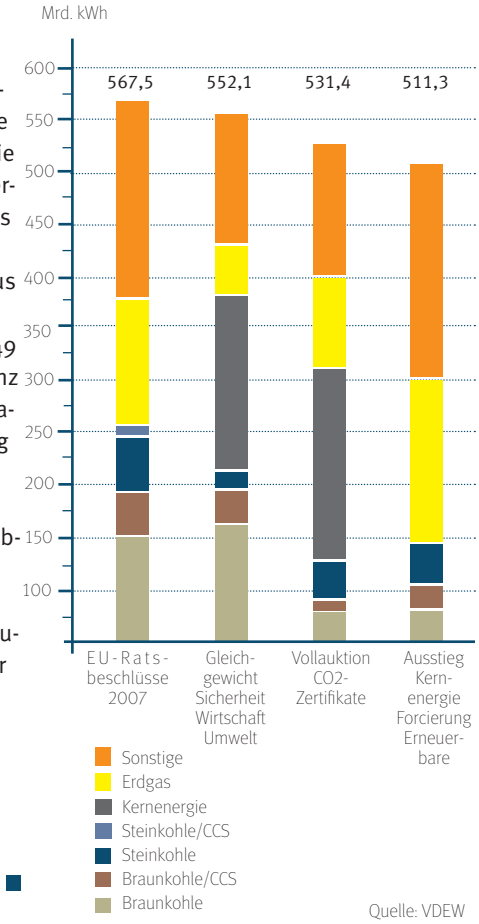
3 2007

GUTACHTEN

VDEW-Studie überzeugt mit differenzierten Ergebnissen

Berlin – Die für den jüngsten, dritten Energiegipfel von renommierten Forschungsinstituten im Auftrage des Bundeskanzleramtes und der VDEW erstellten Gutachten haben eine Diskussion über den künftigen Energiemix, die Entwicklung der Energienachfrage und die Emission von Klimagasen ausgelöst. Vor allem die unterschiedlichen Annahmen zur Energiepreisentwicklung, der Zunahme der Energieeffizienz und die künftige Zuteilungspraxis im Emissionshandel sind verantwortlich für zum Teil deutlich unterschiedliche Ergebnisse. Die VDEW-Untersuchung zeigt ein breites Spektrum von Auswirkungen auf, das aus unterschiedlich hohen Öl- und Gaspreisen bis 2030 resultieren kann. Die Untersuchung des Bundeskanzleramtes beschränkt sich dagegen auf einen einheitlichen Ölpreis von 49 Dollar je Barrel. Die in diese Untersuchung aufgenommene Annahme, die Energieeffizienz ließe sich bis 2020 um jährlich 3 Prozent steigern, wird inzwischen als weitgehend unrealistisch bewertet. Aber auch die von der Elektrizitätswirtschaft angenommene Steigerung der Energieeffizienz um 1,5 bis 1,8 Prozent pro Jahr bis 2030 gilt als ambitioniert. Zu den Vorzügen der VDEW-Untersuchung zählt, das die Preise für CO_2-Emissionszertifikate nicht, wie vom Bundeskanzleramt, festgesetzt wurden, sondern sich dynamisch als Ergebnis der europaweiten Minderungserfolge errechnen. Die Untersuchung der Elektrizitätswirtschaft erfasst zudem auch neue Energietechnologien wie das CCS. Hinsichtlich der Entwicklung des künftigen Energiemixes kommen die beiden Untersuchungen zwangsläufig zu unterschiedlichen Ergebnissen. In der Studie für das Bundeskanzleramt nimmt der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung deutlich zulasten von Stein- und Braunkohle zu. In der VDEW-Untersuchung sind abhängig von den Energiepreisen und den CO_2-Minderungszielen unterschiedliche Entwicklungen möglich. Die Steinkohle verringert ihren Einsatz in allen untersuchten Szenarien. Die Braunkohle verliert hingegen nur bei niedrigen Gaspreisen und extremen CO_2-Minderungszielen. Bei hohen Energiepreisen behauptet sich die Braunkohle dagegen und es würde sich sogar der Einsatz von CCS-Technologien lohnen.

Anteile an der Stromerzeugung im Jahre 2030 - Hochpreisszenario bei verschiedenen energiepolitischen Annahmen



Quelle: VDEW

ENERGIEMIX

Deutsche pflegen naiven Glauben an Sonne und Wind

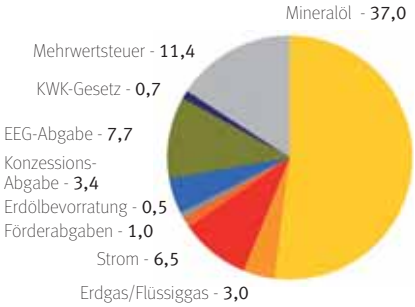
Hamburg/Düsseldorf – Der Vorstandsvorsitzende des Düsseldorfer Eon-Konzerns, Wulf Bernotat, hat in einem Gespräch mit dem Hamburger Magazin Stern Politik und Versorger dazu aufgerufen, die Bevölkerung stärker über die tatsächlichen technischen und wirtschaftlichen Potenziale der erneuerbaren Energien aufzuklären. Fast zwei Drittel der Bevölkerung gehen davon aus, so Bernotat, dass in 20 bis 30 Jahren die Solarenergie die wichtigste Energiequelle sei, obwohl sie bislang nur 0,3 Prozent der deutschen Stromerzeugung decke. Selbst wenn es gelänge, den Beitrag aller erneuerbaren Energieträger zur

Stromerzeugung von heute 12 auf 30 Prozent bis 2020 zu steigern, sei zur Deckung des restlichen Bedarfs ein breiter Technologie- und Energiemix unverzichtbar, sagte Bernotat. Der Eon-Chef kündigte an, dass sein Unternehmen bis 2010 etwa 3 Milliarden Euro in die Nutzung erneuerbarer Energien investieren will. „Mehr ist nicht drin, denn es gibt gar nicht genug Projekte, in die wir bei unseren Anforderungen investieren können.“ Daneben will Eon mehr als 4 Milliarden Euro in den Bau neuer Kohlekraftwerke an Standorten in Deutschland und den Niederlanden investieren. Das Unternehmen investiere in Deutschland, Schweden, England und den USA auch in die Entwicklung CO2-freier Kraftwerkstechnologien. Bernotat rechnet bis 2020 mit praxistauglichen Lösungen. Es müsse bis dahin aber auch das Problem der CO2-Lagerung gelöst sein. „Hierfür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen,“ erklärte Bernotat.

STEUERN

Energieabgaben steuern auf Rekordniveau zu

Aufkommen aus Steuern und Abgaben auf Energie im Jahre 2007 - in Mrd. Euro



Quelle: DEBRIV und andere

Berlin – Das Aufkommen von Steuern und Abgaben auf Energie wird im laufenden Jahr erstmals die Marke von 70 Milliarden Euro übersteigen. Nach aktuellen Schätzungen wird das Aufkommen bei 71,2 Milliarden Euro liegen. Im Vorjahr lagen die Energieabgaben bei 66,5 Milliarden Euro. Verantwortlich für den kräftigen Anstieg sind zum einen die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte zum Jahresbeginn, was das Steueraufkommen um rund 2 Milliarden Euro erhöhte. Außerdem stiegen die Abgaben zur Förderung der erneuerbaren Energien, die alle Stromverbraucher zu zahlen haben, um knapp 2,5 Milliarden Euro auf 7,7 Milliarden Euro. Verantwortlich für diesen kräftigen Sprung sind die außergewöhnlich guten Windverhältnisse und der Zubau neuer Anlagen in diesem Jahr. Den größten Anteil am Energiesteueraufkommen hat die Besteuerung von Öl und Gas mit unverändert rund 40 Milliarden Euro. Das Aufkommen aus der 1999 eingeführten Stromsteuer wird sich 2007 leicht auf knapp 6,5 Milliarden Euro erhöhen. Die Abgaben auf die Förderung von Öl und Gas in Deutschland liegen stabil bei einer Milliarde Euro. Für die strategische Ölreserve müssen die Verbraucher rund 550 Millionen Euro aufbringen. Städten und Gemeinden fließen aus der Erhebung der Konzessionsabgabe für die Strom- und Gasnetze rund 3,4 Milliarden Euro zu. Energieversorger mit Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erhalten in diesem Jahr eine ebenfalls von allen Stromverbrauchern zu zahlende Beihilfe von etwa 700 Millionen Euro. Nach vorläufigen Schätzungen wird sich das Aufkommen der Energiesteuern vornehmlich durch den Anstieg der EEG-Abgaben weiter erhöhen. 2011 wird die Abgabe voraussichtlich mehr als 11 Milliarden Euro betragen.

BRAUNKOHLE

Förderung leicht gestiegen

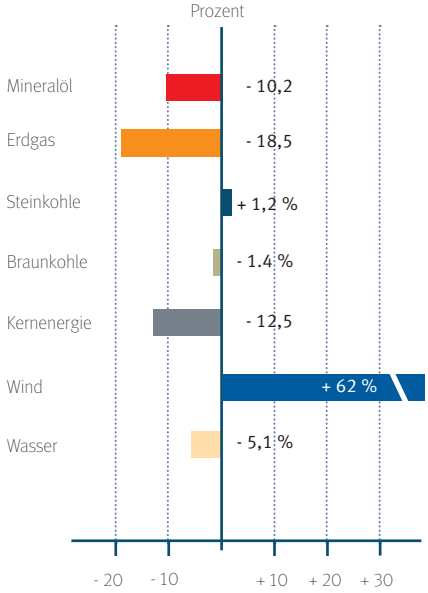
Köln – Die Unternehmen der deutschen Braunkohleindustrie haben in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres insgesamt 103 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Zuwachs von knapp 1 Prozent. Die Veränderung geht zurück auf eine höhere Lieferung an die Kraftwerke, auf die gut 92 Prozent der gesamten Braunkohleförderung entfallen. Die Stromerzeugung aus Braunkohle erhöhte sich entsprechend. Während im Rheinland die Braunkohleförderung um 4 Prozent auf 58,4 Mio. t und im Helmstedter Revier um rund ein Fünftel auf knapp auf 1,2 Millionen Tonnen anstieg, sank die Förderung in Mitteldeutschland um fast 13 Prozent auf 10,3 Mio. t. In der Lausitz erhöhte sich die Förderung leicht und erreichte 35 Mio. t. Die Produktion von Staub und Koks konnte um insgesamt 4,9 und 1,4 Prozent erhöht werden. Die Briketterzeugung sank witterungsbedingt um rund ein Viertel. Der Absatz von Wirbelschichtkohle stieg um 1 Prozent. Mit 26,8 Mio. t SKE hatte die heimische Braunkohle im ersten Halbjahr einen Anteil von 12 Prozent am inländischen Primärenergieverbrauch.

ENERGIEVERBRAUCH

Hohe Temperaturen senken Verbrauch

Berlin/Köln – Der Verbrauch an Primärenergieträgern in Deutschland lag im ersten Halbjahr 2007 rund 8 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen erreichte der Energieverbrauch eine Gesamthöhe von 233 Mio. t SKE. Verursacht wurde der kräftige Verbrauchsrückgang überwiegend durch die hohen Temperaturen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zu den besonders niedrigen des Vorjahres. Das anhaltende Wirtschaftswachstum und das hohe Energiepreisniveau hatten dagegen nur einen geringen Einfluss auf die aktuelle Entwicklung des Energieverbrauchs, schreibt die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Am stärksten verminderte sich der Verbrauch an Wärmeenergien. Der Ölverbrauch sank um rund 10 Prozent auf 76,6 Mio. t SKE, das ist der niedrigste Stand seit 1990. Der Absatz von leichtem Heizöl brach um rund 40 Prozent ein. Außer bei Flugbenzin verringerte sich der Bedarf aber auch bei allen anderen Mineralölprodukten. Der Erdgasverbrauch sank im ersten Halbjahr um 18,5 Prozent auf 53,6 Mio. t. SKE. Durch die sehr warme Witterung in den ersten vier Monaten des Jahres sank der Heizgasbedarf um rund ein Viertel. Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung verringerte sich in Folge der erhöhten Windstromerzeugung um fast ein Fünftel. Die hohe Eisen- und Stahlerzeugung und ein stabiler Einsatz in der Stromerzeugung sorgte für einen leichten Verbrauchsanstieg bei der Steinkohle um gut ein Prozent auf 32,8 Mio. t SKE. Eine geringere Verfügbarkeit der Braunkohlekraftwerke sorgt hingegen für einen Rückgang beim wichtigsten heimischen Energieträger um 1,4 Prozent auf knapp 27 Mio. t SKE. Der Beitrag der Kernenergie zur Primärenergiebilanz des ersten Halbjahres sank um 12,5 Prozent auf rund 28 Mio. t. SKE. Die warme und niederschlagsarme Witterung führte zu einem Rückgang der Stromerzeugung aus Wasserkraft um rund 5 Prozent. Die Stromerzeugung aus Windenergie profitierte hingegen von außergewöhnlichen Windverhältnissen und erhöhte ihre Produktion um mehr als 60 Prozent. Zusammen hatten Wind und Wasser einen Anteil von 1,7 Prozent am gesamten Energieverbrauch des ersten Halbjahres. Der Beitrag aller erneuerbaren Energien am Energieverbrauch belief sich auf fast 7 Prozent.

Veränderung des Primärenergieverbrauchs in Deutschland im ersten Halbjahr 2007 gesamt 233 Mio. t SKE



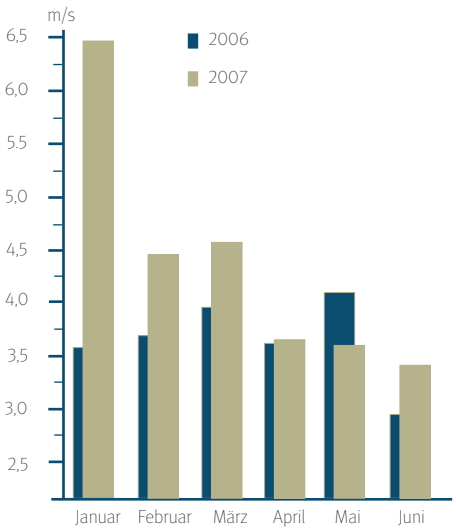
Quelle: AGEB

WETTER

Außergewöhnliches im Januar und April

Offenbach – Die Nutzung der Naturressourcen Sonne, Wind und Wasser und der Einsatz von Wärmeenergien waren in der ersten Jahreshälfte durch zum Teil kräftige Abweichungen vom mehrjährigen Mittel und von den Vorjahreswerten bei den Wetterdaten gekennzeichnet. Der Januar verzeichnete eine durchschnittliche Windgeschwindigkeit von knapp 6,4 Metern pro Sekunde (m/s), im mehrjährigen Mittel liegt der Wert bei 4,4 m/s, 2006 wurden sogar nur 3,6 m/s erreicht. In den Folgemonaten lagen die Windstärken dagegen mal leicht über oder leicht unter den Durchschnittswerten. Die Werte des Vorjahres wurden mit Ausnahme des Mai jedoch immer übertroffen. Die Niederschlagsentwicklung wurde durch den fast regenlosen April geprägt. Im Mai und im Juni erreichten die Niederschläge mit Werten von 120 bis 130 Millimetern (mm) Höchststände; im mehrjährigen Durchschnitt liegen die Werte in diesen Monaten bei 70 bis 80 mm. Der regenarme April erhöhte die Sonnenscheindauer in diesem Monat auf fast 300 Stunden, gegenüber etwa 160 im Mittel. Auch im März schien die Sonne überdurchschnittlich viel. Die Durchschnittstemperaturen lagen in den ersten vier Monaten deutlich über dem Durchschnitt. Erst im Mai kehrten sie zu den Werten des mehrjährigen Mittels zurück.

Durchschnittliche monatliche Windgeschwindigkeit - in Meter pro Sekunde



Quelle: Deutscher Wetterdienst

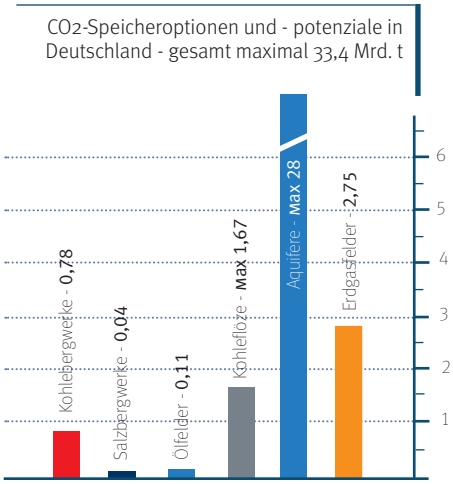
EUROPA

EU-Bürger verbrauchen mehr Strom

Brüssel – Der Stromverbrauch der privaten Haushalte in den 25 EU-Mitgliedsstaaten ist zwischen 1999 und 2004 um knapp 11 Prozent gestiegen. Im Bereich Dienstleistungen lag der Zuwachs sogar bei fast 16 Prozent. Die Industrie erhöhte ihre Stromnachfrage innerhalb des Fünf-Jahreszeitraumes um 9,5 Prozent. Damit hat sich der Stromverbrauch in der EU-25 parallel zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes erhöht, eine nennenswerte Entkoppelung von Stromverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung fand nicht statt. Die EU-Kommission schätzt das Effizienzpotenzial der privaten Haushalte beim Stromverbrauch auf mindestens 20 Prozent.

KOHLENDIOXID

Brandenburg erprobt Speicherung



Quelle: BGR

Ketzin – Die erste Testanlage zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (CO_2) auf dem europäischen Kontinent wurde Mitte Juni im brandenburgischen Ketzin eröffnet. Die Anlage soll Aufschlüsse darüber erbringen, ob eine Einlagerung von CO_2 im geologischen Untergrund eine „belastbare und sichere technologische Option ist“, erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Joachim Wuermeling anlässlich der Eröffnung. Nach Ansicht von Wuermeling werden kohlenstoffhaltige fossile Energien noch für Jahrzehnte eine wesentliche Rolle in der Energieversorgung spielen. Die Abtrennung von CO_2 aus den Abgasen von Kraftwerken und anderen Feuerungsanlagen wäre klimapolitisch „ein Riesenschritt“, sagte der Staatssekretär. Dadurch könnten die fossilen Energieträger weiter genutzt werden, ohne das Klima zusätzlich mit Kohlendioxid zu belasten. Es wäre viel für eine sichere und klimafreundliche Energieversorgung getan, wenn das Carbon Capture and Storage (CCS) bald praxistauglich wäre, sagte Wuermeling. Dazu sei es auch wichtig, die Wirkungsgrade der Kraftwerke weiter zu steigern und die Sicherheit der Kohlendioxideinlagerung zu klären. Als mögliche CO_2-Speicher könnten in Deutschland erschöpfte oder ausgeförderte Öl- und Gasfelder sowie tief liegende poröse und mit Wasser gefüllte Gesteinsschichten dienen. Die Bundesregierung fördert die Erforschung und Entwicklung der gesamten CCS-Kette mit jährlich bis zu 14 Millionen Euro. Die CCS-Forschung soll sich jetzt auf die Entwicklung von Überwachungssystemen für die Kohlendioxid-Speicher, innovative Injektionstechnologien und mögliche Wechselwirkungen zwischen Kohlendioxid und den Speichergesteinen konzentrieren.

KLIMASCHUTZ

Mehr Informationen zum CO2-freien Kraftwerk

Berlin – Die Stromerzeuger EnBW, Eon, RWE Power und Vatenfall Europe sowie die Kraftwerksbauer Hitachi Power Europe, Siemens Power Generation und Alstom Power haben in Berlin das Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk (IZ Klima) gegründet. Anlässlich der Eröffnung erklärte der Vorstandsvorsitzende der neuen Organisation, Klaus von Trotha, Ziel des Informationskreises sei es, „über die Technologie der klimafreundlichen Kohleverstromung, den Fortschritt von Pilotprojekten sowie über CO_2-Abscheidung, -Transport und -Speicherung zu informieren. Bei einem weltweit steigenden Energiebedarf biete die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid die Chance, „die heimische Versorgungssicherheit zu gewährleisten und Deutschlands Vorreiterrolle beim Klimaschutz weiter auszubauen“. Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung bestätigte das große Klimaschutzpotenzial der CCS-Techno-

logie, insbesondere wenn dadurch alte Anlagen ersetzt oder nachgerüstet würden. Nach Ansicht der Initiative komme es nun darauf an, die Technologien so schnell wie möglich zu entwickeln und auf dem heimischen sowie den Exportmärkten durchzusetzen.

COORETEC

Höhere Wirkungsgrade bei Kraftwerken und CCS sind Teil einer Gemeinschaftsaufgabe

Berlin – Die anhaltende und mittelfristig hohe Bedeutung der Energieträger Kohle und Gas erfordert nach Ansicht der Bundesregierung die Entwicklung innovativer Kraftwerkstechnologien. Mit dem Forschungs- und Entwicklungskonzept COORETEC (CO_2-Reduktionstechnologien) sollen der Entwicklung maßgebliche Impulse verliehen werden. „Um energiepolitisch handlungsfähig zu bleiben, müssen unterschiedliche Technologielinien gleichzeitig vorangetrieben werden“ heißt es im neuesten Forschungsbericht der Initiative (Nr. 566), der die aktuellen Fortschritte und Entwicklungen beschreibt. Die weitere Steigerung der Effizienz von Kraftwerken und ihrer Komponenten sei eine vordringliche Aufgabe für die nahe Zukunft. Dazu gehöre die beschleunigte Erforschung und Qualifizierung hochtemperaturfester Werkstoffe genauso wie die Entwicklung von Turbomaschinen mit höchsten Wirkungsraden. Im Jahre 2014 soll das erste 700-Grad-Kraftwerk in Betrieb genommen werden. Die neue Kraftwerksgeneration wird Wirkungsgrade von über 50 Prozent erreichen. Ein weiterer Meilenstein sei die Entwicklung des kohlendioxidfreien Kraftwerks. Hierzu gibt es verschiedene Ansätze. Besonders aussichtsreich sei die weitere Entwicklung von Verfahren, in denen die Umsetzung des Brennstoffs ohne den Stickstoffanteil der Luft erfolgt (Oxyfuel). Bedeutsam sei aber auch die Technologie des Kombikraftwerks mit integrierter Kohlevergasung. Der Vorteil gegenüber einer reinen CO_2-Abscheidung bestehe darin, dass neben Strom und Wärme auch Kraftstoffe und andere Grundstoffe für die chemische Industrie erzeugt werden können. Konkrete Ziele des COORETEC-Programms sind die Senkung der Kosten für die Abtrennung und Speicherung von Kohlendioxid von derzeit 50 bis 70 Euro je Tonne Kohlendioxid auf weniger als 20 Euro, die Reduzierung der Wirkungsgradverluste infolge der CO_2-Abtrennung auf 6 bis 11 Prozentpunkte sowie der Ausbau der Kohlevergasung.

KLIMASCHUTZ

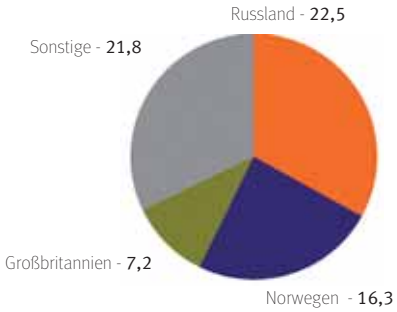
Übereinkommen für CO2-Speicherung im Nordostatlantik

Ostende – Die Anrainer-Staaten des Nordostatlantiks haben sich darauf geeinigt, Kohlendioxid im Rahmen von CCS-Strategien weder im Wasser noch auf dem Meeresboden zu lagern. Für die Einlagerung von CO_2 kommen nur geeignete geologische Formationen unter dem Meeresgrund in Frage. Das sogenannte OSPAR-Übereinkommen sieht ein verbindliches Zulassungssystem für die CO_2-Speicherung und strenge Umweltschutzanforderungen vor. Das Abkommen gilt zwischen Norwegen, zwölf beteiligten EU-Staaten und der EU-Kommission und stellt einen wichtigen Beitrag zum geforderten Rechtsrahmen für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) dar.

IMPORTABHÄNGIGKEIT

Energieeinfuhren werden immer teurer

Wert der Öl- und Gasimporte Deutschlands 2006 - gesamt 67,8 Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wiesbaden – Deutschland hat 2006 Öl und Gas im Wert von 67,8 Milliarden Euro eingeführt. Damit haben sich die Energieeinfuhren gegenüber dem Vorjahr um rund 28 Prozent verteuert. Wie das Statistische Bundesamt jetzt ermittelte, haben die Öl- und Gaseinfuhren einen Anteil von über 9 Prozent am gesamten Warenimport Deutschlands. Größter Energielieferant für Deutschland ist Russland mit einem Anteil von gut einem Drittel und einem Wert von 22,5 Milliarden Euro. An zweiter Stelle folgt Norwegen, dass 2006 Öl und Gas im Wert von 16,3 Milliarden Euro nach Deutschland lieferte. An dritter Stelle liegt Großbritannien mit 7,2 Milliarden Euro.

KRAFTWERKE

Anschlussverordnung für neue Anlagen

Berlin – Mit der kürzlich erlassenen Netzanschlussverordnung (KraftNAV) will die Bundesregierung einen Beitrag zur sicheren Stromversorgung leisten. „Die Verordnung bringt eine verfahrensmäßige Entlastung neuer Kraftwerke beim Netzanschluss und schafft Planungssicherheit für Kraftwerke und Netze," erklärte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Durch die Verordnung werden alle neuen Kraftwerksprojekte mit einer Anlagengröße von mehr als 100 Megawatt (MW) erfasst, sofern sie den erzeugten Strom in das 110-Kilovolt Netz oder auf einer höheren Spannungsstufe einspeisen. Die Netzbetreiber müssen künftig über das Internet ihre Leistungskapazitäten und alle notwendigen Angaben für ein sogenanntes Netzanschlussbegehren veröffentlichen. Vorgeschrieben wird ferner „eine laufend aktualisierte, übersichtliche Darstellung des Netzschemaplanes sowie der Netzauslastung einschließlich der Kennzeichnung tatsächlicher oder zu erwartender Engpässe". Das Netzanschlussbegehren eines Anlagenbetreibers muss künftig vom Netzbetreiber innerhalb von zwei Wochen bearbeitet werden. Nach Zahlung eines Vorschusses ist der Netzbetreiber verpflichtet, alle technischen Prüfungen und Prognosen für einen Netzanschluss der geplanten Anlage durchzuführen. Eine verbindliche Anschlusszusage entsteht bei Zahlung einer Reservierungsgebühr von 1000 Euro je Megawatt Anschlussleistung. Im Gegenzug muss der künftige Anlagenbetreiber einen genauen Zeitplan für das Vorhaben vorlegen. Ein Netzanschluss kann nur verweigert werden, wenn der Netzbetreiber nicht über eine ausreichende Kurzschlussleistung oder einen ausreichenden Abfuhrquerschnitt verfügt. Vorrechte für den Netzzugang bei Engpässen genießen Anlagenbetreiber, die bis Ende 2007 ein vollständiges Netznutzungsbegehren stellen und deren Erzeugungsanlage bis spätestens zum 31. Dezember 2012 ans Netz geht. Das Verfahren wird durch die Bundesnetzagentur in Bonn überwacht, die auch ein Kraftwerksregister erstellen soll.

UMWELTSCHUTZ

Bergbausanierung bis 2012 gesichert

Senftenberg - Für die Sanierung der Braunkohle-Altlasten der ehemaligen DDR stellen Bund und Länder als Rechtsnachfolger in den nächsten fünf Jahren über eine Milliarde Euro zur Verfügung. An der Finanzierung bis 2012 sind die Länder Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen beteiligt. Bundesumweltminister Gabriel erklärte anlässlich der Vertragsunterzeichnung: „Die Braunkohlesanierung in Ostdeutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Dieses enorme Vorhaben zeigt, dass es gelingen kann, Brachflächen umweltgerecht zu sanieren und neue Landschaften zu gestalten, die den Regionen Impul-

se für ökologische und ökonomische Entwicklungen geben. Das kommt insbesondere der mittelständischen Wirtschaft und der Tourismusbranche zugute.“ Auf einer der größten Landschaftsbaustellen Europas entstehen in der Lausitz und im Mitteldeutschen Revier neue Seenlandschaften. Für den Bundesfinanzminister ist die Braunkohlesanierung beispielhaft für konstruktives Zusammenwirken von Bund und Ländern. Um die Sanierung der Braunkohle-Altlasten fortsetzen zu können, stellen Bund und Länder von 2008 bis 2012 nochmals über eine Milliarde Euro bereit. Davon sollen rund 630 Millionen Euro für die Grundsanierung der Tagebaue inklusive der wasserwirtschaftlichen Aufgaben und die Sanierung ehemaliger Betriebsflächen verwendet werden. Der Bund übernimmt 75 Prozent der Kosten, die restlichen 25 Prozent tragen die Länder. Diese Maßnahmen werden im Rahmen der bergrechtlichen Verpflichtungen von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) durchgeführt. Für Maßnahmen, die nicht unter das Bergrecht fallen, werden 262 Millionen Euro bereitgestellt, die sich Bund und Länder je zur Hälfte teilen. Dazu gehört die Abwehr von Gefährdungen durch wieder ansteigendes Grundwasser. Weitere 100 Millionen Euro steuern die Länder zur Verbesserung und Erweiterung der Infrastruktur bei. Die LMBV zeigte sich erfreut über den Abschluss der neuen Bund-Länder-Vereinbarung. Derzeit finden in der Bergbausanierung rund 1 600 Menschen Beschäftigung, mittelfristig rechnet die LMBV mit 500 Mitarbeitern.

BRAUNKOHLE

Eon baut Stromerzeugung in Tschechien aus

Düsseldorf – Der Düsseldorfer Eon-Konzern will Strom in Tschechien auf der Basis von Braunkohle erzeugen. Zusammen mit Bergbaupartnern will das Unternehmen für dieses Projekt zunächst rund 2 Milliarden Euro bereitstellen. Eon sucht die Zusammenarbeit mit dem Kraftwerksbetreiber Czech Coal und dem Kohleproduzenten Mostecka Uhelna und stehe bereits kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen heißt es. Geplant ist der Bau eines Gemeinschaftskraftwerks. Die Anlage soll über zwei Blöcke mit jeweils 600 MW Leistung verfügen. Eon soll das technische Konzept für die Anlage liefern und auch für die Ausführung verantwortlich sein.

EURACOAL

Kohleindustrie mit neuer Studie

Brüssel - Die zukünftige Rolle der Kohle in Europa ist Gegenstand einer umfassenden Studie, die EURACOAL in Kooperation mit zahlreichen Unternehmen und Verbänden der europäischen Kohle- und Elektrizitätswirtschaft bei der Prognos AG in Auftrag gegeben hat. Der in Kürze erscheinende Endbericht beschreibt im Rahmen verschiedener Szenarien unterschiedliche Entwicklungen mit dem Zielpunkt 2030. Die Analyse bietet sowohl einen Überblick über die EU-27 als auch detaillierte Länderberichte. Die Untersuchung setzt weder Zielwerte noch werden bekannte Branchenpositionen reproduziert. Als methodischer Ansatz für die Untersuchung wurde ein breit angelegter Szenarienmix gewählt. So gelang es, ein breites Spektrum unterschiedlicher Einflussfaktoren zu berücksichtigen und deren jeweilige Konsequenzen für den Energiemarkt und speziell für die Kohle transparent zu machen. Der Erkenntnisgewinn der Untersuchung geht damit weit über die unmittelbaren kohlebezogenen Fragestellungen hinaus. Es werden wechselseitige Wirkungen ebenso verdeutlicht wie die Auswirkungen energiepolitischer Entscheidungen oder Veränderungen der internationalen Energiemärkte. EURACOAL geht davon aus, dass die Untersuchung künftig Grundlage für vielfältige Fragestellungen und Konsultationen sein wird. Herausragend ist die Untersuchung auch bezüglich ihrer Untersuchungstiefe. Alle Szenarien wurden für die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten separat untersucht und dokumentiert.

MIBRAG

Umweltminister verspricht Härtefallregelung

Theißen - Wenige Tage vor der Entscheidung zum nationalen Allokationsplan im Juni dieses Jahres hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel der MIBRAG anlässlich eines Besuches den Erlass einer Härtefallregelung zugesichert, sofern das Unternehmen bis September 2007 eine verbindliche Investitionszusage für einen neues Braunkohlenkraftwerk in der Region vorgelegt. Die MIBRAG mit mehr als 2 000 Mitarbeitern fördert in Sachsen und Sachsen-Anhalt rund 20 Millionen Tonnen Rohbraunkohle im Jahr, die zum größten Teil an die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau geliefert werden. Außerdem betreibt das Unternehmen drei eigene Industriekraftwerke mit einer Gesamtleistung von etwa 170 MW zur Versorgung der Tagebaue Profen (Sachsen-Anhalt) und Vereinigtes Schleenhain (Sachsen). In den vergangenen Jahren wurden die beiden Kraftwerke in Mumsdorf und Deuben mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 170 Millionen Euro modernisiert. Das Kraftwerk Wählitz mit einem Gesamtinvestitionsaufwand von fast 108 Millionen Euro ging erst 1994 ans Netz. Trotzdem werden die anspruchsvollen CO2-Minderungsziele nicht erreicht. Bruce P. De Marcus, Vorsitzender der MIBRAG-Geschäftsführung: „Es gibt seit Jahren die klare Zielstellung, unsere Kraftwerke in Mumsdorf und Deuben spätestens 2015 zu schließen und durch eine effizientere Anlage am Standort Profen zu ersetzen. Aus heutiger Sicht müssen wir erkennen, dass dieser Termin auf 2012/2013 vorgezogen werden muss. Dementsprechend wurden und werden Verhandlungen mit Partnern geführt.“

ROHSTOFFE

Bundesanstalt erhält neuen Präsidenten

Hannover - Das Bundeswirtschaftsministerium hat Prof. Dr. Hans Kümpel zum neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ernannt. Wirtschaftsstaatssekretär Joachim Wuermeling sagte: „Gerade in Zeiten knapper und teurer Industrie- und Energierohstoffe ist eine ausgewogene und fundierte Beratung für Politik und Wirtschaft von besonders großer Bedeutung. Dazu leistet die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe als zentrale geowissenschaftliche Forschungs- und Beratungsinstitution unverzichtbare Beiträge.“ Die BGR beschäftigt etwa 700 Mitarbeiter.

TAGUNG

EWI-Tagung mit Prominenz

Köln - „Das neue Energieprogramm - Energieaußenpolitik, nationale Energieversorgung, Forschung und Energieeffizienz“ lautet das Thema der diesjährigen Tagung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI). Die Tagung findet statt am 11.92007. Als Referenten werden erwartet Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Altbundeskanzler Gerhard Schröder und der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle sowie Spitzenvertreter aus Industrie und Behörden (www.energiekonferenz.conventseminare.de).

Herausgeber:
DEBRIV
Bundesverband Braunkohle
- Öffentlichkeitsarbeit -
Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen
Postfach 40 02 52
50832 Köln

Tel: 0 22 34 / 18 64 0
Fax: 0 22 34 / 18 64 18
E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de
(Eintragung in den e-mail-Presseverteiler unter: www.braunkohle.de „Presseservice“)